

## „Selbst Schuld“

Mit dem diesjährigen Motto der Frauenwoche greift der frauenpolitische Rat die Struktur eines patriarchalen Diskurses auf, der die Herrschaft der Männer über die Frauen verschleiern soll. „Selbst Schuld“ macht Frauen zu Beteiligten eines Systems von Unterdrückung, das sich über Jahrhunderte etabliert hat und dessen Macht noch lange nicht gebrochen ist. Mit #MeToo wurde in den vergangenen Monaten überdeutlich, wie noch immer die Herrschaft der Männer über uns Frauen durchgesetzt wird. Männer besetzen ökonomische Machtpositionen und Frauen sind gezwungen sich sexuell auszuliefern, wenn Sie bestimmte Jobs haben wollen. Überdeutlich wurde auch, dass nach mehr als 50 Jahren neuer Frauenbewegung, es immer noch darum geht, den herrschenden Männern diese Macht abzuringen und sie zu beanspruchen. Die Selbstbestimmung in jeder Beziehung und in jeder gesellschaftlichen Situation ist noch nicht eingelöst. Auf der diesjährigen Berlinale haben Schauspielerinnen mit der Initiative „#NobodysDoll“ in Frage gestellt, ob Frauen immer mit tiefem Ausschnitt und hohen Absätzen über den roten Teppich gehen müssen. Auch hier geht es um das Durchdringen und Aufbrechen von gesellschaftlichen Strukturen, die Frauen immer noch zu Objekten macht, und sie nicht als Subjekt akzeptiert. Es geht nicht um Prüderie, sondern darum, dass Frauen als Subjekte handeln wollen und dies akzeptiert wird. Es mag sein, dass viele Männer hohe Absätze erotisch finden, aber auch dies ist eine gesellschaftliche Konvention, die sich über Jahrhunderte verändert hat und die heute uns Frauen unterwirft, denn letztlich geht es genau in dieser Frage, wie wir uns kleiden wollen, um individuelle Selbstbestimmung, um Freiheit und die eigene Entscheidung von uns Frauen. Ich entscheide, wann und wie ich mich kleide und wann und wie ich meine eigenen erotischen Vorstellungen von mir zeige und in die Beziehung zu anderen Menschen, Männern und Frauen einbringe. Es ist meine Freiheit, die ich hier politisch verteidige, und es ist die Freiheit von uns allen, die wir politisch verteidigen müssen.

Geschlechtergerechtigkeit beinhaltet dieses Verständnis von Männern und Frauen als Subjekten, deren individuelle Rechte gleich sind und deren Entscheidungen auch in Beziehungen das gleiche Gewicht haben. Heute geht es mehr denn je darum, diese errungene Rechte und erkämpften Veränderungen in der sozialen Konstruktion der Kategorie Geschlecht nicht nur zu verteidigen, sondern weiter zu entwickeln und um mehr gesellschaftliche Akzeptanz zu ringen.

Mit dem Auftreten von Populisten, fundamentalistischen Christen und anderen religiösen Fundamentalisten und den Rechtsextremen in vielen europäischen Ländern aber auch in den USA unter der Präsidentschaft von Donald Trump werden genau diese Rechte auf Selbstbestimmung von Frauen und Männern zu Gunsten der alten Herrschaftsformen und -vorstellungen von Männern über Frauen angegriffen und in Zweifel gezogen. Diesen antifeministischen Vorstellungen zu begegnen ist heute eine der entscheidenden Kämpfe um eine Gesellschaft, in deren Selbstverständnis die Freiheit und individuelle Selbstbestimmung aller Menschen verankert sind.

Inka Thuncke, Geschäftsführerin der HBS Brandenburg, Februar 2018